

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/44

Bonn, den 4. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

So geht es nicht !

62

Wirrwarr um ein "Arbeitspapier"

Von \* \* \*

3

Mütter gehen in die Schule

46

Die Wandermüterschule der Arbeiterwohlfahrt

4

Deutschlands modernste Trabantenstadt entsteht bei Düsseldorf

33

Eine Schöpfung von Professor Ernst May

5 - 7

VOR 20 JAHREN

145

Totengräber der Freiheit

Die Gleichschaltung der Presse in der sowjetischen Besatzungszone

Von W. Emil Schröder

+ + +

So geht es nicht !

Wirrwarr um ein "Arbeitspapier"

Von \* \* \*

Vor kurzem wurde im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen ein sogenanntes Arbeitspapier "erstellt", das nicht mehr und nicht weniger als eine Analyse der noch vorhandenen Möglichkeiten einer vielleicht erfolgversprechenden Deutschland-Politik sein sollte. Dieses "Papier" wurde mit einem Begleitschreiben des Ministers den Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien, den Vorsitzenden einiger Bundestagsausschüsse und mehreren Ministerien mit der Bitte um Kenntnismahme gesandt. Die Analyse enthielt einige Hinweise auf vermeintliche Tabus, Überlegungen darüber, wie die Deutschland-Politik in Bewegung gebracht werden könne und zahlreiche sachliche Angaben über frühere Verhandlungen und den Stand der jetzigen Erörterungen zur Deutschland-Politik.

Ein Empfänger des Schreibens oder einer der an dessen Ausarbeitung Beteiligten hat das "Arbeitspapier" einer Zeitung übergeben, die Auszüge daraus veröffentlichte. Die Folge davon waren ein erhebliches Getöse vermeintlich berufener und unberufener Persönlichkeiten sowie Fragen an den Minister, ob sein Ministerium die bisher gültige Deutschland-Politik radikal zu ändern gedenke und ob er, der Minister, den deutschen Rechtsstandpunkt in den Fragen der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands aufgegeben habe.

Die Antwort konnte, entsprechend der Wahrheit, nur ein Hinweis darauf sein, daß es sich bei dem "Papier" um eine Arbeitshypothese handele, die vielleicht bei bestimmten Anlässen als Grundlage zu weiteren Überlegungen zur Deutschland-Politik dienen könne. Es wurde ferner festgestellt, daß niemand gehalten sei, die in der Arbeitshypothese angestellten Überlegungen sich zu eigen zu machen.

Nun hören wir trotz dieser klaren Antwort, daß einzelne Personen und auch Gruppen nicht gewillt sind, eine solche wahrheitsgemäße Charakterisierung des "Arbeitspapiers" zu billigen. Sie wol-

len "Protestaktionen" vorbereiten und schicken sich an, jeden zu verdammern, der sich unterstehen sollte, die in dem "Papier" dargestellten Tatbestände und Überlegungen weiterzuentwickeln.

Wir kennen das Schriftstück und sind durchaus nicht der Meinung, daß man seinen Inhalt in allen Punkten billigen kann. Aber völlig unabhängig davon stellt sich die Frage, ob Ausarbeitungen dieser und ähnlicher Art in der Bundesrepublik immer gleich Anlaß zu heftigen Protesten oder gar Beschimpfungen und Verdächtigungen sein müssen. Wenn diese Methode der Behandlung schwieriger Probleme nicht sehr bald aufgegeben wird, dann müssen wir damit rechnen, daß jede Diskussion über die Grundfragen unserer nationalen Politik im Keime erstickt wird.

Es ist überhaupt nicht gut, daß hier und dort versucht wird, Ansätze zu einer fruchtbaren Diskussion über die Deutschland-Politik nur im engsten Kreise oder gar unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit zu erörtern. Wer nicht mehr imstande ist, Argument und Gegenargument zu hören und gar an die Stelle eines Arguments eine Schimpfkampagne setzt, sollte gleich sagen, er wolle nicht die Demokratie.

Die Lösung des Deutschland-Problems geht j e d e m Deutschen an; uns hier in der Bundesrepublik und selbstverständlich auch die Menschen jenseits von Zonengrenze und Mauer. Wenn wir darauf verzichten, unsere Sorgen, Wünsche und Gedanken vor dem Forum der Nation, also in aller Öffentlichkeit, zu diskutieren, werden selbst die Freunde Deutschlands aufhören, unseren Willen zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ernst zu nehmen. Unser Drängen zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas setzt voraus, daß auch die schwierigen in diesem Zusammenhang zu diskutierenden Probleme offen angesprochen werden. Bei allen diesen Fragen geht es nicht um Schachzüge oder Taktik; es geht nicht um Einzel- oder Gruppeninteressen. Als Volk können wir uns nur bewähren, wenn wir furchtlos auch über jene Fragen öffentlich sprechen, die für den einzelnen oder für eine Gruppe schmerzlich sein mögen.

## Mütter gehen in die Schule

### Die Wandermütherschule der Arbeiterwohlfahrt

AW - Zu den großen gesellschaftlichen Aufgaben der Gegenwart gehört die familienpädagogische Arbeit. Neben der Jugendbildung, der Eltern- und Erziehungsberatung ist die Arbeit der Mütherschulen ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit. Das Programm der Mütherschulen umfaßt Kurse in Kochen, Nähen, Säuglingspflege, Erziehungsfragen, Basteln und Werarbeit, Heim- und Wohnungsgestaltung, über gesunde Lebensführung und andere Themen aus dem Bereich der Familie. Allerdings haben die Einwohnerinnen kleiner und kleinster Orte oft keine Gelegenheit, an Mütherschulkursen teilzunehmen, weil es in diesen Orten und in ihrem Umkreis keine Mütherschulen gibt.

Ländliche Gebiete solcher Art sind das Wirkungsfeld der AW-Wandermütherschulen. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, den neuzeitlichen Methoden der Ernährung, Kindererziehung, Säuglingspflege usw. auch auf dem Lande Geltung zu verschaffen. Die Arbeiterwohlfahrt verfügt über mehrere Einrichtungen dieser Art. Das benötigte Arbeits- und Anschauungsmaterial für die Kursarbeit bringt die Wandermütherschule mit: Zwei Elektro- oder Propangasherde, Küchengeräte und Geschirr für etwa 12 Personen, Servietten, Blumenschalen und formschöne Gläser für den festlich gedeckten Tisch, eine Säuglingsausstattung einschließlich Bettchen, Wickeltisch und Badewanne sowie Käthe-Kruse-Puppen, die in Größe und Gewicht einem Säuglings entsprechen. Ein Kombiwagen bringt das Material zur festgesetzten Zeit an Ort und Stelle.

In kleinen Gemeinden fehlt es oft an geeigneten Räumen für Mütherschulkurse. Dann müssen sich die Leiterin der Mütherschule und ihre Mitarbeiterinnen zu helfen wissen. Der Kochkurs kann im Hinterzimmer einer Gastwirtschaft abgehalten werden, wenn der Raum groß genug ist und Wasseranschluß hat. Alle anderen Kurse lassen sich in einem Schulklassenraum oder im Vereinszimmer des Gemeindehauses veranstalten. Vielleicht ist es sogar lehrreich, wenn die Frauen und Mädchen erfahren, daß auch unter bescheidenen Voraussetzungen zeitgemäßes Kochen und richtige Säuglingspflege möglich sind. - An die Leiterinnen und Lehrkräfte der Wandermütherschulen werden hohe Anforderungen gestellt. Sie müssen es auf sich nehmen, ständig unterwegs zu sein, müssen improvisieren und unter einfachen Verhältnissen arbeiten können.

Die Wandermütherschulen des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt - neben ihr gibt es noch eine Reihe von Mütherschulen, die von Landes-, Bezirks- oder Kreisverbänden getragen werden - nahm ihre Tätigkeit am 1. September 1960 auf. Bis zum Ende des vergangenen Jahres arbeitete sie in 26 Einsätzen, bei denen 102 Orte erfaßt wurden. Die Einsätze verteilen sich auf fünf Bundesländer: Nordrhein-Westfalen (15), Niedersachsen (4), Hessen (3), Bayern (2), und Schleswig-Holstein (2). Während dieser Einsätze konnten 466 Kurse mit 4 837 Teilnehmer(innen) und 158 sonstige Veranstaltungen mit 4 924 Teilnehmer(innen) durchgeführt werden.

## Deutschlands modernste Trabantenstadt entsteht bei Düsseldorf

Eine Schöpfung von Professor Ernst May

ng - Mitten im Ruhrgebiet nordöstlich von Düsseldorf soll am Rande der alten Stadt Ratingen eine neue Wohnstadt für 15 000 Menschen entstehen. Die gewerkschaftlich orientierte Wohnungsbaugesellschaft "Neue Heimat" hat es mit Professor Ernst May unternommen, hier eine moderne Trabantenstadt von Düsseldorf zu errichten, die wohl das Fortschrittlichste auf diesem Gebiet in der ganzen Bundesrepublik darstellt.

In diesem Jahr wird mit dem ersten Hochbauabschnitt von 800 bis 1 000 Wohnungseinheiten begonnen werden. Der Bau von zwei weiteren Wohnbezirken der Trabantenstadt wird folgen. Allerdings hat die "Neue Heimat" in ihrer Zeitschrift für neuzeitlichen Wohnungsbau feststellen müssen: "Der Hochbaubeginn in den Gebieten II und III wird entscheidend von der notwendigen Stärkung der Finanzkraft der Stadt abhängen, damit die erheblichen zusätzlichen Investitions- und Betriebsfolgekosten getragen werden können."

Als bemerkenswert an der umfassenden Planung für die Trabantenstadt bei Ratingen fällt die Lösung der Verkehrsprobleme auf. Ein Bahnhof für den Nahverkehr nach Düsseldorf wird errichtet, wobei der Bahnsteig direkt zugänglich gemacht werden soll. Eine neue zusätzliche Straße nach Düsseldorf ist eingeplant. Die Wohnbezirke selbst hingegen sollen vom Straßenverkehr weitgehend freigehalten werden. Nur dem Anlieger dienende Wohnstraßen wird es geben. Für jede Wohnung ist hier ein eigener Autoabstellplatz vorgesehen. Ein Drittel des Parkraums wird in Tiefgaragen und mehrgeschossigen Parkhäusern untergebracht.

Die Gutachter unter Professor May haben auch an eine Abschirmung gegen den Straßenlärm der dicht befahrenen Bundesstraße 1 von Düsseldorf nach Mülheim gedacht. Es wird die Anlage eines Damms mit dichter Bepflanzung zwischen Wohnstadt und der westlich gelegenen Straße empfohlen.

Das Schulproblem soll besonders modern gelöst werden. So will man eine große Festhalle bauen, die zwei Schulen gleichzeitig als Aula dient. Die Werkstätten der Schulen und wohl auch die naturwissenschaftlichen Lehrräume sollen in einem Gebäude mit dem Jugendheim zusammengefaßt werden. Auf diesem Wege käme man zu einem völlig neuartigen Volkshochschulsystem.

## Totengräber der Freiheit

Die Gleichschaltung der Presse in der sowjetischen Besatzungszone

Von W. Emil Schröder

Jahrelang war das deutsche Volk, soweit es sich nicht unter Gefahr für Leib und Leben durch das Abhören ausländischer Rundfunksendungen informierte, aus der Lügenküche des Goebbelschen Propagandaministeriums und der NS-Presse berieselt worden. Als das bittere Ende kam, war der Hunger nach Zeitungen - nicht nur wegen des damals so kostbaren Papierskaum zu stillen. Nur zögernd entschlossen sich die damaligen vier Alliierten zur Lizenzierung unter deutscher Verantwortung erscheinender Presseorgane, die zunächst in einer Art neutralem Gewande zu erscheinen hatten.

### So war der Anfang

Moskau schien darin großzügiger zu sein: in der sowjetischen Zone wurden den dort zugelassenen 'demokratischen Parteien' Lizenzen gewährt. Doch schon bei der Feststellung der Auflagehöhe wurde die KPD erheblich bevorzugt. In der Mark Brandenburg wurde beispielsweise die Auflage der SPD-Zeitung "Der Märker", für die zunächst Fritz Ebert, der Sohn des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, verantwortlich zeichnete, auf 50 000, die der KP-Zeitung "Volkswille", auf 100 000 begrenzt, später verdoppelt, so daß die KP-Zeitung mit 200 000, die SPD-Zeitung mit 100 000 Auflage bedacht wurde, die der CDU und LDP mit noch niedrigeren Auflagen.

Wenn hier vorzugsweise die Entwicklung in Brandenburg gezeichnet wird, sind unmittelbar gemachte persönliche Erfahrungen der Grund; in den anderen Ländern der SBZ war kein unterschiedlicher Gang der Ereignisse festzustellen: auch dort erfreute sich die KPD der besonderen Fürsorge und Förderung durch die Vertreter der SMA, der Sowjetischen Militäradministration, die ihren Sitz in Potsdam hatte - aus propagandistischen und psychologischen Erwägungen, denn für Moskau war Potsdam der Inbegriff der militaristischen und imperialistischen Tradition Deutschlands. Der mußte nicht mit Leib und Seele Journalist gewesen sein, dem nicht bei der nach jahrelangem Schreibverbot vorangegangener KZ-Haft das Herz im Leibe lachte, für die neugewonnene Freiheit seines am Boden liegenden Vaterlandes zu wirken! Niemand denkt heute noch an die unvorstellbaren Schwierigkeiten, wenigstens die primitivsten Voraussetzungen zu schaffen: Arbeitsraum, dürftiges Mobiliar, Schreibmaschine, Telefon, Tinte, Papier - und nicht zuletzt Mitarbeiter. Man war sein eigener Chefredakteur, Sekretär, Reporter, Korrektor. Der Arbeitstag dehnte sich zu 16 und mehr Stunden - aber das war ja der Anfang! Jedes Wort, jedes noch so winzige Inserat mußte von einem gründlichen Kenner des Russischen mühsam mit der Hand in kyrillische Zeichen übertragen und vor Drucklegung dem Zensor vorgelegt werden - einem sowjetischen Major, der kein Wort deutsch sprach.

### Illusionen verfliegen schnell

Es war eine Sisyphusarbeit - dazu der Kampf mit dem unergründlichen Mißtrauen, das jedem Nichtkommunisten, oft genug aber auch langjährigen kommunistischen Parteimitgliedern begegnete! Die Illusion einer 'freien' Presse verflieg schnell. Vor der Drucklegung mußte man persönlich zum Zensor laufen und verbrachte dort vier, fünf wertvolle Stunden im Ringen um Bagatellen. Dazu kamen ständig Auflagenachrichten sowie bandwurmlange Artikel über "Das Leben in der Sowjetunion", Gedenktage für

bekannte und noch mehr unbekannte sowjetische Personen, und vor allem die ständige Suche nach Rotationspapier! Oft waren Mitarbeiter mit dem der Zeitung endlich zugestandenem kleinen Personenwagen unterwegs, um irgendwo Papierlager aufzustöbern, Überfällen, Übergriffen auf den Landstraßen und Autobahnen ausgesetzt. Nur diese kommunistischen Zeitungen kannten dieses Dilemma kaum; ihre Papierlager waren fast durchweg gut gefüllt, und als es uns mit einem kühnen Vorstoß gelang, ihnen mit Unterschrift des General Sharow von der SMA 30 Tonnen Rotationspapier "aus der Nase zu ziehen", war das Wutgeschrei groß.

### Verboten !

Trotz aller materiellen und politischen Schwierigkeiten, die sich, teils aus der damaligen Lage der zerstörten Wirtschaft, teils aus den Intentionen Moskaus ergaben, ging es aufwärts mit der sozialdemokratischen Presse. In der Stunde Null hatten wir mit nichts begonnen. Bald zählten wir in Potsdam rund 30 000 Bezüher, auf dem flachen Lande über 70 000, jede Rotationsrolle wurde bis zum letzten Streifen verbraucht, denn die Auflage von 100 000 reichte nicht mehr aus. Alle Bitten um ihre Erhöhung stießen auf taube Ohren bei dem dafür Verantwortlichen in der SMA.

Die Ablehnung der von Moskau erstrebten Vereinigung von KPD und SPD änderte schlagartig das politische Klima. Geheime Berichte der KPD in der SBZ hatten Moskau vorgegaukelt, der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung sympathisiere mit dem Kommunismus. Das Risiko einer neuen Niederlage wollte die Sowjetunion in ihrer eigenen Besatzungszone vermeiden. Der Druck auf die nichtkommunistische Presse verstärkte sich. Es begann so harmlos: in sozialdemokratischen und kommunistischen Zeitungen sollten Artikel über die doch so notwendige Vereinigung beider Arbeiterparteien erscheinen. In Sachsen und Mecklenburg wurde dieser Plan zuerst durchgesetzt. In Potsdam war die Zensur mit dem Ergebnis unzufrieden. Am 31. März wurde der Chefredakteur der SPD-Zeitung zur sowjetischen Zensur zitiert und, da er sich weigerte, den gewünschten Artikel über die Einheit der Arbeiterklasse zu schreiben, das SPD-Organ für den 1. April verboten! In der Folge häuften sich Auflagennachrichten mit gefälschten Zahlen über die Delegiertenkongresse. Die Gründung eines Wiedervereinigungsausschusses beider Parteien wurde anbefohlen. Es gab dort manchen Widerstand, auch gegen die geplante Zusammenlegung der kommunistischen mit der sozialdemokratischen Zeitung - vergebens. Fritz Ebert, der, ehrgeizig, wie er war, nach dem Präsidium im Brandenburgischen Landtag strebte, ließ die Gegner der Zwangsvereinigung im Stich. Auch der Vorschlag, die SPD Brandenburg aufzulösen, um der Außenwelt ein Warnungssignal zu geben, wurde von ihm mit der Bemerkung abgelehnt, "dann kommen wir alle nach Sibirien". Zugleich mit der Zusammenlegung der beiden Arbeiterparteien wurde auch die ihrer Zeitungen beschlossen, und zwar unter dem Titel "Märkische Volkstimme", den bis zum Verbot der Linkspresse durch die Nazis eine angesehenere SPD-Zeitung geführt hatte.

### Gleichschaltung auf die SED

Daß diese Gleichschaltung nur ein Vorspiel war, um den kommunistischen Flügel der so gegründeten SED auf allen Gebieten die Vorherrschaft zu sichern, schien manchem damals nicht klar zu sein: War in dem neugewählten Vorstand der SED zunächst jede der beiden Parteien paritätisch vertreten, so setzte sich künftig die Redaktion der "Märkischen Volkstimme" aus acht Kommunisten und vier Sozialdemokraten zusammen. Ähnlich war es in allen übrigen in SED-Organen umgewandelten Zeitungen der SBZ. So konnte der sowjetische Einfluß auf die Presse hundertprozentig gesichert werden. Nach und nach wurden die ehemaligen Sozialdemokraten aus den Redaktionen verdrängt. Der gleiche Vorgang wiederholte sich in den Rundfunklandessendern der SBZ, die Bevölkerung war wehrlos der sowjetischen Propaganda ausgesetzt, deren Ziel eindeutig die Bolschewisierung ihrer Be-

satzungszone bis auf den heutigen Tag geblieben ist. Dabei ist es unumstößliche Tatsache, daß die Kommunisten nur eine Minderheit waren. Bei einer Kontrolle unserer Zeitungsbezieher konnten wir nachweisen, daß von der angeblichen Auflage der kommunistischen Zeitung, 200 000, in Wahrheit nur 42 000 Exemplare gelesen wurden, weit weniger als die Hälfte der SPD-Zeitungsleser allein in Brandenburg! Die zwangsweise Zusammenlegung unserer Zeitung mit dem "Volkswille" war ein glänzendes Geschäft für die KPD, die nur Schulden mitgebracht hatte, während wir in knapp sechs Monaten über 400 000 RM Bargeld als Reingewinn an die leere SED-Kasse abliefern mußten.

Das Fazit der Zwangsvereinigung läßt sich wohl treffend dahin präzisieren: Die SED brachte ihre Funktionäre und Schulden mit, die SPD die Mitglieder und volle Kassen. In der Folgezeit erwies sich auch die feierlich bei der Zwangsvereinigung verkündete Parität als aufgelegter Schwindel. Unter allen möglichen Vorwänden, unter falschen Beschuldigungen und mit tausend Listen verschwanden nach und nach alle ehemaligen Sozialdemokraten und Bürgerlichen aus den Verwaltungen, aus den örtlichen und zentralen Vorständen der SED.

### "Machtergreifung"

Der letzte ehemalige Sozialdemokratische Bürgermeister, Szillat in Rathenow, wurde unter der verleumderischen Anklage der Unterschlagung mit seinem Sohne verhaftet. Fritz Ebert blieb noch für einige Zeit "demokratisches" Aushängeschild, aber in seinen Vorzimmern saßen Kommunisten, und schließlich wurde er vom Präsidenten des Provinziallandtages Brandenburg zum "Bürgermeister von Ostberlin" degradiert. Er, der noch 1945 mit Stolz auf eine überwältigende Mehrheit sozialdemokratischer Mitglieder und Anhänger verweisen konnte, war selbst zu Totengräber jener Freiheit geworden, für die im Tausendjährigen Reich unzählige Sozialdemokraten und andere Gegner des Naziregimes nicht nur ihre Freiheit, sondern ihr Leben gelassen hatten.

### Vollendeter Separatismus

Die Kommunisten hatten sich schon zu diesem Zeitpunkt unter sklavischer Nachahmung nazistischer Methoden systematisch alle Schlüsselstellungen in Politik, Presse und Wirtschaft gesichert. Nun begannen sie mit fieberhafter Eile, den Trennungsprozeß der sowjetischen Besatzungszone vom größeren Teile Deutschlands - der späteren Bundesrepublik - einzuleiten.

Aber auch heute, nach 20 Jahren, ist die Herrschaft der SED eine Fiktion, sie ruht nur auf sowjetischen Panzern, Flugzeugen, Raketen. Ihr staatliches Eigenleben ist gleichfalls eine Illusion; es bewegt sich in den von Moskau vorgezeichneten Bahnen, und schon aus diesem Grunde ist die ständig vorgetragene Behauptung, es gebe zwei deutsche Staaten, ohne jedes staats- und völkerrechtliche Fundament. Es gibt nur eine sowjetische Besatzungszone, in der es weder freie Wahlen noch eine freie Presse gibt, unerläßliche Voraussetzungen für eine Legitimation als wahre Demokratie.